

## GROSSER RAT AARGAU

---

### **Interpellation Gregor Biffiger, Berikon, vom 24. Mai 2005 betreffend Beitragserhöhungen des Konkordats der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren in allfälligem Zusammenhang mit der Abstimmungskampagne pro Abkommen Schengen/Dublin**

---

#### **Text:**

Die Staatsrechnung des Kantons Aargau 2004 weist in der Verwaltungsrechnung des Departements des Innern unter Konto 2002.3185.30 "Externe Aufträge für Studien und Gutachten" massiv unter Voranschlag 2004 und Rechnung 2003 liegende Ausgaben von Fr. 104'475.75 aus. Im VA 04 wird zudem eine Kreditübertragung von Fr. 75'000.00 ausgewiesen. Das Konto 2002.3190 "Mitglied- und Verbandsbeiträge" weist gegenüber dem VA 04 und der Rechnung 2003 Mehrausgaben von rund Fr. 10'000.00 aus. In der zugehörigen Botschaft wird unter Konto 2002.3185.30 auf einen Minderaufwand im Projekt Intervention gegen häusliche Gewalt und auf eine Verschiebung des Projekts Gemeindestrukturen hingewiesen. Unter Konto 2002.3190 folgt ein Hinweis auf eine Beitragserhöhung des Konkordats der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren und auf eine Kompensation mit Konto 2002.3185.30.

Die Regierung wird eingeladen, in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten:

1. In welchem Zusammenhang steht die Beitragserhöhung des Konkordats der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren?
2. Handelt es sich hierbei um eine einmalige oder jährlich wiederkehrende Beitragserhöhung?
3. Hat der Kanton Aargau der Beitragserhöhung gegen das kantonale Budget zugestimmt oder ist er überstimmt worden?
4. Wie hoch ist in der Staatsrechnung 2004 der Bruttoaufwand des Kontos 2002.3190 "Mitglied- und Verbandsbeiträge" vor Kompensation mit Konto 2002.3185.30? Wie hoch ist insbesondere der Bruttobeitrag an das Konkordat der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren?
5. Wurden via Konkordat der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren oder auf andere Weise direkt oder indirekt Beiträge an die Abstimmungskampagne pro Abkommen Schengen/Dublin und/oder an andere Abstimmungskampagnen geleistet und wie hoch ist gegebenenfalls der anteilige Beitrag des Kantons Aargau für die Jahre 2004 und 2005?
6. Welche Praxis sieht der Regierungsrat in Zukunft zu befolgen vor, diejenige der Information über Abstimmungsunterlagen, Artikel, Interviews oder aber diejenige der Propaganda im gekauften (oder üblicherweise zu kaufenden) Raum? Sollte er beide Mittel ins Auge fassen, in welchem Verhältnis sieht er diese?